

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Berlin, 25. November 2022

Liebe Leserinnen und Leser,



heute, am 25. November, dem „Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen“, ist es mir ein Bedürfnis, auf die fortbestehende Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen. Geschlechtsspezifische Gewalt gehört tagtäglich weltweit, aber auch hier in Deutschland, zur bitteren Realität vieler Frauen. Aus diesem Grund genießen Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen, wie die Einrichtung einer staatlichen Koordinierungsstelle zur strafrechtlichen Verfolgung, und die Hilfe Betroffener, wie die Ausweitung der finanziellen Förderung von Frauenhäusern, oberste Priorität bei der Bundesregierung.

Diese Woche haben wir den Bundeshaushalt für das Jahr 2023 verabschiedet und damit die Grundlage für eine progressive, nachhaltige und sozial gerechte Politik der Ampelregierung geschaffen. Er beinhaltet einerseits Mittel zur Bewältigung der aktuellen Krise, verliert gleichzeitig aber auch nicht die Zukunft aus den Augen. Den aktuellen Herausforderungen der Bürger:innen begegnen wir mit Entlastungen – vom Heizkostenzuschuss über die Erhöhung des Kindergeldes bis zum Gaspreisdeckel und legen gleichzeitig mit der Finanzierung des Klima- und Transformationsfond, Investitionen in die Bahn und der langfristigen Stärkung der internationalen Entwicklungspolitik den Grundstein für langfristige Investitionen in ein klimaneutrales und sozial gerechtes Deutschland.

Nach der Blockade durch die Union im Bundesrat konnte die Einführung des Bürgergelds diese Woche beschlossen werden, wodurch Betroffene ab dem 01. Januar 2023 nicht nur von einer Erhöhung der Regelätze, sondern auch im Bereich der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten profitieren werden. Wir einigten uns auf einen Kompromiss, der eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt und die Kernziele dieser großen sozialpolitischen Reform nicht aus den Augen verliert: Abbau von Bürokratie, Absicherung in Not und der Weg zurück in Arbeit.

In dieser Ausgabe:

Bilder der Woche.....	2
Zitat der Woche.....	2
Podcast der Fraktion.....	2
Internationaler Tag zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen.....	3
Hausahl.....	4

Ihre



Foto: Büro Dittmar/Markus Giesecke

Am Dienstag präsentierten sich die 18 deutschen Biosphärenreservate im Bundestag. Auch ich habe die Gelegenheit für einen kleinen Abstecher zum Stand des Biosphärenreservats Rhön und ein kurzes Gespräch mit Dr. Silvia Kleinhenz von der Landmetzgerei Kleinhenz und Dr. Thorsten Raab genutzt. Das Biosphärenreservat hat für den Tourismus eine wichtige Bedeutung. Viele Besucher:innen kommen auch und gerade wegen der Angebote des Biosphärenreservats in die Region. Mindestens genauso so wichtig ist den Verantwortlichen aber der Einsatz für Nachhaltigkeit, Bildungsangebote für die Bevölkerung oder die Stärkung regionaler Marken.

Zitat der Woche

„Diese Bundesregierung hat in zwölf Monaten mehr in Gang gebracht, umgesetzt und aufgeräumt, als mit den Regierungen der vergangenen zwölf Jahre möglich war!“



Bundeskanzler
Olaf Scholz
in der Generaldebatte
zum Haushalt
am 23. November

Foto: DBT/Photothek/Joerg Carstensen

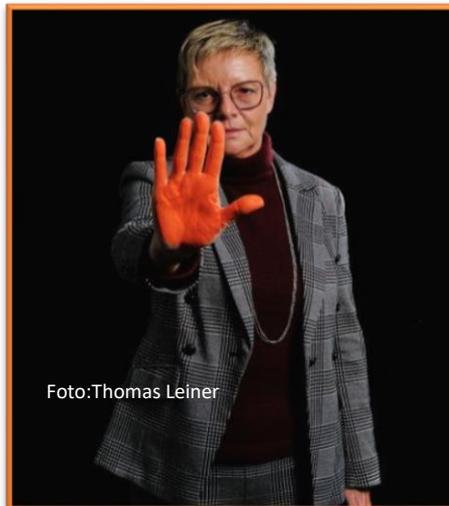


Foto: Thomas Leiner

Bilder der Woche

2

Der 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Leider gehört noch immer

geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zur bitteren Realität – weltweit und auch in Deutschland. Das muss sich ändern! Wir machen uns stark für ein gewaltfreies Leben aller Frauen. [#oranjetheworld](#)

Lage der Fraktion - der Podcast

Die SPD-Fraktion gibt es auch zum Hören. Die „Lage der Fraktion“ ist die sozialdemokratische Gesprächsrunde zur Bundespolitik: Was haben wir vor? Was bringen wir voran? Und wo hakt es vielleicht auch noch? In meinem Newsletter stelle ich Ihnen die jeweils neueste Folge vor.

LOHNT SICH ARBEIT NOCH,
HUBERTUS? (SPOILER: JA.)



Foto: Büro Dittmar/Michael Frank

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil freut sich auf das Bürgergeld, das zum 1. Januar kommen soll. Im Podcast erklärt er, wie der Weg zum Hartz-IV-Nachfolger aussieht, was ihn an der Debatte dazu stört - und wie ihn seine niedersächsische Heimatstadt Peine geprägt hat.

Wer Reinhören will: Zum Podcast geht es [hier](#) oder mit einem Klick aufs Bild!



Geschlechtsspezifische Gewalt

Ein gewaltfreies Leben für Frauen

Gewalt gegen Frauen ist menschenverachtend. Die Ampel-Koalition plant, das Strafrecht zu konkretisieren und geschlechtsspezifische Tatmotive in die Liste menschenverachtender Tatmotive aufzunehmen.

In Anlehnung an die UN-Kampagne "Orange The World" haben viele SPD-Abgeordnete ein Zeichen gesetzt, indem sie orangene Kleidungsstücke angezogen haben. Die Kampagne macht schon seit 1991 auf Gewalt aufmerksam: die Farbe Orange steht symbolisch für eine gerechtere, gewaltfreie Zukunft.

In Anlehnung an die UN-Kampagne "Orange The World" haben viele SPD-Abgeordnete ein Zeichen gesetzt, indem sie orangene Kleidungsstücke angezogen haben. Die Kampagne macht schon seit 1991 auf Gewalt aufmerksam: die Farbe Orange steht symbolisch für eine gerechtere, gewaltfreie Zukunft.

Am 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Auch im 21. Jahrhundert gehört geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zur bitteren Realität. Weltweit, auch in Deutschland. Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich dafür stark, dass sich das ändert – für ein gewaltfreies Leben für Frauen.

Deshalb haben die Abgeordneten ein Zeichen gesetzt, indem sie orangene Kleidungsstücke angezogen haben, in Anlehnung an die UN-Kampagne „Orange The World“. Die Kampagne macht schon seit 1991 auf Gewalt aufmerksam: die Farbe Orange steht symbolisch für eine gerechtere, gewaltfreie Zukunft.

Die Lage im Iran zeigt, wie wichtig das Thema ist. „Seit Wochen gehen Frauen und Männer im Iran auf die Straße, um für Freiheit und Frauenrechte zu kämpfen. Das brutale Vorgehen des iranischen Regimes gegen Demonstrierende verurteilen wir aufs Schärfste und stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die mit ihrem unfassbaren Mut für eine freie Gesellschaft kämpfen“, sagt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, Leni Breymaier.

Für die SPD-Fraktion hat der Kampf gegen Gewalt an Frauen höchste Priorität. Sie setzt sich für eine ressortübergreifende Strategie gegen Gewalt ein. Dabei sollen besonders die Gewaltprävention und Rechte der Betroffenen in den Fokus genommen werden.

Als wichtigstes völkerrechtliches Instrument im Kampf gegen Gewalt an Frauen wird die Ampel-Koalition die Istanbul-Konvention mit einer staatlichen Koordinierungsstelle vollständig umsetzen. Gewalt gegen Frauen ist menschenverachtend. Daher ist geplant, das Strafrecht zu konkretisieren und geschlechtsspezifische Tatmotive ausdrücklich in die Liste menschenverachtender Tatmotive aufzunehmen. Ist eine Straftat durch das Geschlecht des Opfers motiviert, soll dies zu einer Verschärfung der Strafe führen.

Gewaltbetroffene Frauen brauchen verlässlichen Schutz. Das Recht darauf wird für jede Frau und ihre Kinder abgesichert werden. Mit dem Bundesförderprogramm ‚Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen‘ wird bereits erfolgreich der bundesweite Ausbau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen gefördert. Zudem soll ein bundeseinheitlicher Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern sichergestellt werden und das Hilfesystem bedarfsgerecht ausgebaut werden. Künftig ist eine Bundesbeteiligung an der Regelfinanzierung vorgesehen.



Haushalt 2023

Zusammenhalt in der Zeitenwende

Mit dem Haushalt 2023 setzt die Ampel-Koalition auf Krisenbewältigung und sozialen Zusammenhalt. Neben Entwicklungspolitik und Entlastungen für Bürger:innen sind Investitionen in Klimaschutz prioritär.

In dieser Woche hat die Ampel-Koalition den Bundeshaushalt 2023 verabschiedet. Damit setzt sie in schwierigen Zeiten ein klares Signal, sagt der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dennis Rohde. „Wir lassen niemanden allein und sorgen mit diesem Haushalt für Zusammenhalt in der Zeitenwende. In Zeiten des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und des russischen Energie- und Nahrungsmittelkrieges gegen die ganze Welt gibt dieser Haushalt die richtigen Antworten auf die akuten Probleme dieser Zeit, ohne dass dringend notwendige Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und den Kampf gegen den Klimawandel verringert werden.“

Die Ergebnisse der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses, der sogenannten Bereinigungssitzung, tragen eine klare parlamentarische und sozialdemokratische Handschrift. Die SPD-Fraktion konnte an entscheidenden Stellen noch Verbesserungen erreichen. Viel Geld fließt angesichts der hohen Energiepreise im kommenden Jahr in Entlastungen für Bürger:innen und Wirtschaft. Das Bürgergeld, die dauerhafte Erhöhung des Kindergeldes, die Hilfe bei den Heizkosten, all das findet sich nun im Haushalt wieder.

Das Kindergeld wird für alle Kinder auf jeweils 250 Euro pro Monat erhöht. Für eine Familie

mit drei Kindern wären das 1.044 Euro mehr im Jahr. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten ist dies gerade für Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen wichtig und es ist eine Leistung, die bleibt. Ein weiterer Verhandlungserfolg ist die Lösung für die Übergangsförderung der Sprach-Kitas. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug, gemeinsam mit den Ländern dieses erfolgreiche Programm fortzusetzen.

Zwei Milliarden zusätzlich für Außen- und Entwicklungspolitik

Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine löst nicht nur unfassbares Leid in der Ukraine aus, er verschärft auch massiv die weltweiten Krisen. Mit insgesamt jeweils eine Milliarde Euro zusätzlich für Außen und Entwicklungszusammenarbeit zeigt die Ampel-Koalition, dass Deutschland zu seiner internationalen Verantwortung steht und die Menschen nicht im Stich lässt. Hinzu kommen die aus dem Entlastungspaket vereinbarte eine Milliarde Euro für den Kampf gegen den Hunger für dieses Jahr. Damit stärken die Parlamentarier:innen den finanziellen Beitrag für die friedliche Entwicklung in der Welt.

Über den Klima- und Transformationsfonds werden die Weichen für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft gestellt. Allein für das kommende Jahr werden gut 36 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um unter anderem Gebäude zu sanieren, Heizungen zu modernisieren, den Automobilverkehr zu elektrifizieren und die Industrie zu dekarbonisieren.

100 Millionen Euro zusätzlich werden kleinen und Kleinstunternehmen zur Verfügung gestellt, um von teurem Gas und Öl auf Strom umzusteigen. Das sind unmittelbare Hilfen insbesondere für Bäckereien.

Auch international hat die Ampel den Klimaschutz im Blick und erhöht die Mittel für die

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



internationale Klimainitiative. Sowohl mit dem Klima- und Transformationsfonds als auch mit dem Etat des Bundesumweltministeriums wird die Anpassung an die Folgen der Klimakrise unterstützt.

Massive Investitionen in Schienenverkehr

Neben kurzfristigen, krisenbedingten Maßnahmen ist es wichtig, in die Zukunft zu investieren. Das spiegelt sich auch im Haushalt wider: 500 Millionen Euro im nächsten Jahr und eine Milliarde Euro in den Folgejahren stehen für den Schienenverkehr zusätzlich zur Verfügung. Kommunen werden aktiv bei ihren Investitionsvorhaben unterstützt, zum Beispiel für Schwimmbäder und Jugendclubs, sowie bei der Anpassung an den Klimawandel und beim natürlichen Klimaschutz. Allein mit diesen Investitionsprogrammen werden insgesamt 700 Millionen Euro für Investitionen in den Kommunen auf den Weg gebracht.

Der Dreiklang aus Investitionen in den sozialen Zusammenhalt, die Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität und das Einhalten der Schuldenbremse stehen für die Entschlossenheit und Geschlossenheit dieser Haushaltsverhandlungen innerhalb der Ampel-Koalition.

Der Bundesetat für 2023 sieht Ausgaben von 476,3 Milliarden Euro vor. Der Bund nimmt dafür Kredite in Höhe von 45,6 Milliarden Euro auf.